5. Antisemitismus

5.1 Antisemitismus in Gesellschaft und Politik

Deutschland

Für die Entwicklung des Antisemitismus in Deutschland[243] bedeutet das Jahr 1871 eine Zäsur insofern, als die Reichsverfassung von 1871 alle deutschen Juden zu gleichberechtigten Bürgern gemacht hatte. Ihre Emanzipation war jedoch von oben durch den preußischen Staatskanzler ohne die Mitwirkung und Mitbestimmung der Bevölkerungsmehrheit, ohne Demokratisierung der Gesellschaft, ohne Einschränkung der Normen und Werte der alten Eliten gewährt worden. Es nimmt deshalb nicht wunder, dass der Reichsverfassung zuwider dennoch antisemitische Vorbehalte wie in der Zeit vor 1871 herrschten, die sich mehr oder minder offen äußerten. So warnte der Historiker Heinrich von Treitschke bereits 1879 vor dem jüdischen Einfluss: „Die Juden sind unser Unglück." Der gesellschaftliche Antisemitismus war also letztlich nicht überwunden; er kehrte vor allem in Krisenzeiten zurück.

Juden rückten nach 1871 in hohe Positionen auf. Es gab jüdische Bankiers, Gelehrte an Universitäten, Ärzte und Rechtsanwälte; Stellungen in Armee und Justiz blieben ihnen jedoch verwehrt. Daneben entwickelte sich ein Mittelstand von Geschäftsleuten und Industriellen. Aus den preußischen Ostprovinzen und Osteuropa wanderten viele Juden, die sog. „Ostjuden", als Arbeitskräfte in die dynamischen Industriezentren ein. Die jüdischen Gemeinden blühten auf, Synagogen wurden gebaut.

Jüdische Verbände orientierten sich in unterschiedlichen Richtungen. Sie traten einerseits für die Zuwendung zur modernen Gesellschaft als Vorbedingung für Emanzipation und gesellschaftliche Anerkennung ein, andererseits suchten sie die Traditionen des Glaubens zu konservieren. Eine Dachorganisation war der „Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens" (CV), der gegründet worden war, nachdem 1893 antisemitische Abgeordnete in den Reichstag eingezogen waren. Der Central-Verein machte es sich zur Aufgabe, die Assimilation an die deutsche Gesellschaft zu vertreten und zu fördern.

Hinter den ersten antisemitischen Parteigründungen und anderen antijüdischen Feindseligkeiten standen traditionell religiös-kulturelle Vorbehalte, aber

auch kleinbürgerliche Ängste vor Konkurrenz und vor Fremden. 1878 wurde aus christlichem Antijudaismus die „Christlich-Soziale Partei“ (CSP) gegründet. 1881 brachte der Sozialdarwinismus eine neue rassistische Begründung des Antisemitismus, auf die als erste größere Partei die „Deutschkonservative Partei“ einschwenkte. Die Tatsache, dass das antisemitische Pamphlet „Die Protokolle der Weisen von Zion“, auf das Hitler in „Mein Kampf“ zurückgriff, in mehr als dreißig Auflagen vertrieben wurde, dass die antisemitischen Schriften Richard Wagners und seines Schwiegersohns Houston Chamberlain, einem ideologischen Wegbereiter des nationalsozialistischen Antisemitismus, das Denken von Nichtjuden beeinflussten, dass die beliebte Wochenschrift „Die Gartenlaube“ mit ihren 300.000 Lesern der Mittelklasse seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts mit nationalistischer und antisemitischer Propaganda maßgeblich zum Aufstieg der rechten Parteien in der Weimarer Republik beitrug – all das wurde weder von der Gesellschaft noch von der Mehrheit der Juden als entscheidend angesehen.

Im nationalen Überschwang bei Ausbruch des Krieges wurden die Juden im Deutschen Reich zusammen mit den Sozialdemokraten zunächst in den sog. „Burgfrieden“ einbezogen und die antisemitische Agitation einer strengen Zensur unterzogen. Die Juden erhofften sich vom Nachweis ihrer patriotischen Gesinnung im Kriegsdienst die völlige Gleichbehandlung in der deutschen Gesellschaft. Der „Burgfrieden“ erwies sich jedoch als eine „Schönwetter-Konstruktion“. Je mehr sich das Kriegsglück gegen Deutschland wendete, desto mehr Raum gewann die Rechte für ihre antijüdische Agitation. Im Militär machte sich schon bald nach Kriegsbeginn Antisemitismus wieder offen bemerkbar. Dahinter stand eine Kampagne der „Alldeutschen“[a] und der „Deutschen Vaterlandspartei“, die Eingaben, in denen Juden „Drückebergerei“ vorgeworfen wurde, an die Regierung und das Kriegsministerium organisierten. Eine Weile widerstand die Regierung dem Druck von rechts, bis sie schließlich im Oktober 1916 die „Judenstatistik“ anordnete, die den Einsatz von Juden im Heer erfassen sollte. Gegen diese Diffamierung protestierten Juden und die „Sozialdemokratische Partei“ (SPD), so dass die Ergebnisse nicht veröffentlicht wurden, was weiteren antisemitischen Unterstellungen hinwiederum Tür und Tor öffnete. Für die Juden bedeutete die „Judenzählung“ eine tiefe Enttäuschung, sie fühlten sich von dem Land verraten, für das sie ihr Leben einsetzten. Als Reaktion bildeten sie den „Reichsbund jüdischer Frontsoldaten“.

[a] Der Alldeutsche Verband bestand von 1891 bis 1939. Sein Programm war expansionistisch und nationalistisch. Besonders im Habsburger Reich kam schon vor dem Ersten Weltkrieg ein ausgeprägter Antisemitismus und Antislawismus hinzu. Regional trat der Alldeutsche Verband in Personalunion mit sog. Kriegervereinen auf.

Plakat des Reichsbunds jüdischer Frontkämpfer 1919 gegen die Beschuldigung, die Juden hätten sich während des Krieges vom Frontdienst gedrückt.

Die antijüdische Stimmung der Front und die von der Rechten in die Welt gesetzte Legende von der jüdisch beherrschten Kriegswirtschaft beeinflussten weite Teile der Bevölkerung, die Juden jetzt als „Schieber“ und „Kriegsgewinnler“ für die sich im „Kohlrübenwinter“ 1916/17 drastisch verschlechternde Versorgungslage verantwortlich machten. Völkische und antisemitische Gruppierungen und Parteien mussten nicht den Waffenstillstand, die Abdankung des Kaisers und die Ausrufung der Republik im November 1918 abwarten, um den Juden die Schuld an der Niederlage zu geben. Mit der „Dolchstoßlegende“ besaß man ein wirksames Propagandainstrument, um die Wende des Krieges aus der Verantwortung des Militärs auf andere Gruppen wie Juden und Sozialdemokraten abzuschieben. Auf jüdischer Seite sah man diese Aktivitäten mit Sorge und fürchtete, dass man sich „auf einen Judenkrieg nach dem Kriege gefasst machen“ müsse.

Die im letzten Kriegsjahr zunehmend aktiven und sich ideologisch radikalisierenden völkisch-antisemitischen Gruppen sowie die zahlreichen Neugründungen hatten starken Zulauf, so dass bald über hundert propagandistisch äußerst rege Bünde, Verbände und Zirkel tätig waren. Die beiden größten Organi-

sationen waren die 1918 gegründete „Deutschnationale Volkspartei“ (DNVP), die den Antisemitismus gesellschaftsfähig machte, und der „Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund“ (DVSTB), der als Nebenorganisation des Alldeutschen Verbandes bis 1922 auf 530 aktive Ortsgruppen anwuchs. In beiden Organisationen waren führende Schichten des kaiserlichen Deutschland repräsentiert. Die zuvor gemäßigt antisemitische DNVP radikalisierte sich in ihrem Kampf gegen Judentum und Republik. Sympathie und Unterstützung fanden diese Organisationen bis weit ins national gesinnte Bürgertum hinein.

NSDAP-Delegation im Oktober 1922 auf dem Deutschen Tag, einer Großveranstaltung des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes in Coburg

War der Antisemitismus bis 1918 wesentlich einer des geschriebenen und gesprochenen Wortes gewesen, so drängte er nun zur Aktion. Der DVTSB drohte mit Gewalt und Mord und veröffentlichte Listen mit den Namen von „Schädlingen“. Er war zudem ein wichtiges Verbindungsglied zu den ebenfalls antisemitischen Freikorps, Wehr- und Heimatverbänden, Geheimorden und Terrorgruppen. Die frühen Weimarer Jahre waren denn auch gekennzeichnet durch Putschversuche, Mord- und Terroranschläge, denen zwischen 1919 und 1922 Juden, Kommunisten und Repräsentanten der Weimarer Republik zum Opfer fielen. Kurt Eisner, Ministerpräsident der sozialistischen Regierung in Bayern, wurde auf dem Weg ins Parlament ermordet. Gustav Landauer, Erziehungsminister in der bayerischen Räterepublik, wurde von Konterrevolutionären umgebracht. Unter den Juden, die in der folgenden Räterepublik führende Positionen einnahmen, war auch Eugene Levine, der von einem Standgericht zum Tode verurteilt und erschossen wurde. In Berlin wurde im Jahre 1919 die radikal-sozialistische Führerin Rosa Luxemburg von Rechtsradikalen umge-

bracht. Das vielfach gebilligte Attentat auf den jüdischen Reichsaußenminister Walther Rathenau 1922 erhielt Unterstützung von mehreren Terrororganisationen wie der „Organisation Consul“ und dem DVSTB. Dessen Verbot 1922 führte zur Stärkung der radikal völkischen und antisemitischen „Deutsch-Völkischen Freiheitspartei“, die mit der NSDAP zusammen bei der Reichstagswahl im Mai 1924 sieben Prozent der Stimmen errang.

Die Juden

sollen an Allem schuld sein.

so tönt es heute aus hinterhältig verbreiteten Flugblättern,
so reden es verhetzte Leute auf der Straße nach.
Wir Juden sollen schuld sein, daß der Krieg kam, aber in der Regierung und Diplomatie, in der Rüstungsindustrie und im Generalstab saßen

keine Juden.

Wir sollen auch schuld sein, daß der Krieg vorzeitig abgebrochen wurde.
Wir sollen schuld sein an allen Uebeln des Kapitalismus und zugleich an den Leiden der Revolution, die diese Uebel beseitigen will.
Was ein paar Führer jüdischer Herkunft gewirkt haben zum Guten und zum Bösen, haben sie selbst zu verantworten,

nicht die jüdische Gesamtheit.

Wir lehnen es ab, die Sündenböcke abzugeben für alle Schlechtigkeit der Welt.

Wir fordern unser Recht, wie bisher friedlich weiter zu arbeiten in unserem deutschen Vaterland, mit dessen Gedeihen in Zeiten der Macht wie der Niederlage auch unser Wohl unauflöslich verbunden ist.

Die Ortsgruppe München
des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens.

Flugblatt des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens

Die Inflation der Nachkriegsjahre hatte zur Verarmung der Mittelschichten, zu Arbeitslosigkeit und Not geführt, was eine politische Radikalisierung und

die Suche nach einem Sündenbock auslöste, den man bald in „jüdischen Spekulanten“ gefunden zu haben glaubte. Meist waren es Angestellte und Beamte sowie Berufsgruppen, die sich in Konkurrenz zu Juden sahen, also der selbständige Mittelstand, Kaufleute, Kleinunternehmer und Handwerker, freiberufliche Akademiker wie Ärzte und Rechtsanwälte sowie Studenten, die diese Haltung vertraten und damit Abneigung und Ablehnung verbreiteten. Gegenkräfte formierten sich kaum oder immer schwächer.

Das Ende der Hyperinflation und die wirtschaftliche und politische Stabilisierung zwischen 1924 und 1928 brachten der Weimarer Republik eine ruhigere Phase und auch Verbesserungen für Menschen jüdischer Abstammung. Sie traten im kulturellen, wirtschaftlichen, politischen, gesellschaftlichen und künstlerischen Leben Deutschlands ins Rampenlicht der Öffentlichkeit, sie lieferten einen unverhältnismäßig großen Beitrag in den Bereichen der Wissenschaft, der Medizin, des Handels, des Journalismus, des Rechts, der Kunst, des Theaters und des Films. Integration und Emanzipation vertieften sich, so dass man trotz aller Ausgrenzung seitens des konservativen Bürgertums von einer Blütezeit des deutschen Judentums sprechen kann.

Die politische Orientierung der Juden richtete sich auf die liberale „Deutsche Demokratische Partei“, die bis 1932 an fast allen Reichsregierungen beteiligt war, und zum Teil auf die SPD, die beide auch jüdische Abgeordnete aufstellten. Die Mehrzahl der deutschen Juden gehörte dem Central-Verein CV an oder identifizierte sich mit ihm, da dessen Hauptaktivität zunehmend in der Bekämpfung antisemitischer Diffamierung bestand. Geistig sahen sie sich in erster Linie als Deutsche, die der jüdischen Gemeinschaft zugehörten, ganz gleich, ob sie gläubig waren oder nicht.

Der Antisemitismus der Vor- und Nachkriegszeit besitzt starke organisatorische, personelle und inhaltliche Kontinuitäten, dennoch spricht vieles dafür, im Zusammenbruch der europäischen Ordnung eine Zäsur zu sehen. Die Erfahrungen des Krieges haben die Bereitschaft der Bevölkerung verstärkt, den „alten“ Behauptungen der Antisemiten zu glauben, die „Lösung der Judenfrage“ wäre die Lösung der sozialen und nationalen Probleme. Auch wenn die Wurzeln des Antisemitismus vor 1914 zu suchen sind, so erklären sich seine Dynamik und Radikalität nach 1918 aus Krieg, Niederlage, Revolution und Gewalterfahrung.

Die frühe NSDAP begann ab 1921 mit Kampagnen gegen jüdische Geschäftsleute und griff prominente Juden und Funktionäre jüdischer Organisationen öffentlich an. Die damalige NSDAP war um diese Zeit eine von vielen rechtsextremistischen Gruppierungen und ihre Propaganda unterschied sich kaum von der anderer völkischer Organisationen. Ihr Antisemitismus stellte aber zunehmend eine Radikalisierung völkisch-imperialistischer Ideen dar. Die

NSDAP bekam durch den persönlichen Fanatismus Hitlers und die Dynamik der NS-Bewegung einen zunehmenden Stellenwert, bis die Nationalsozialisten 1933 die Macht ergriffen.

Österreich

In der Republik Österreich[244], deren Staatsgebiet auf ein Fünftel des Habsburger Reiches geschrumpft war, wurden wie in Deutschland die Juden als Sündenböcke für die Folgen des Weltkrieges angesehen. Die „Christlich-Soziale Partei“ rief im Dezember 1918 das Volk zum „Abwehrkampf gegen die jüdische Gefahr“ im neuen Staate auf. Die Christlich-Sozialen stellten zusammen mit der alldeutsch ausgerichteten „Großdeutschen Volkspartei“ (GVP) bis 1932 die Regierung, so dass Österreich anders als Deutschland in dieser Zeit von antisemitisch orientierten Parteien regiert wurde.

Anstoß erregte bei den Antisemiten vor allem die herausgehobene ökonomische und kulturelle Stellung der Wiener Juden, die in den freien Berufen, im Handel und in der Medienmacht in der Überzahl waren. Feindselige Reaktionen lösten auch die Ostjuden aus, die bis 1923 die Zahl der in Wien ansässigen Juden auf 200.000 anwachsen ließen (über 10 % der Bevölkerung; im gesamten deutschen Reichsgebiet lebten 600.000 Juden). Schon vor dem Krieg hatten viele Österreicher in Wien eine Stadt der Dekadenz und des Völkergemisches gesehen. Jetzt betrachtete man sie mit noch mehr Misstrauen. Für den katholischen Klerus und die österreichische Bevölkerung war das „Rote Wien“ geprägt von sogenannten „typisch jüdischen“ Eigenschaften: Materialismus, Parasitentum, Revolution.

Aufgrund antijüdischer Agitationen begannen 1920 einige Erholungsorte, jüdischen Gästen den Aufenthalt zu verbieten, 1921 führten die meisten österreichischen Sektionen des Deutschen und Österreichischen Alpenvereins einen „Arierparagraphen“ ein. Wie in Deutschland war Antisemitismus unter Studenten weit verbreitet. Es kam immer wieder zu gewalttätigen Übergriffen und antisemitischen Massendemonstrationen.

Nach 1923 flaute der Antisemitismus vorübergehend ab. Wie in Deutschland brachte der wirtschaftliche Aufschwung trotz weiterhin hoher Arbeitslosigkeit einen Stimmungsumschwung. Dennoch blieb der Kampf gegen den Einfluss der Juden in Wirtschaft und Kultur ein Programmpunkt der „Christlich-Sozialen Partei“. Ihr Antisemitismus war jedoch nicht rassistisch, sondern eher Ausdruck ihres religiös-kulturellen und sozialen Kampfes gegen die Moderne. Von der paramilitärischen, der dem nationalen Lager zuzurechnenden

Heimwehr zum Schutz der Grenzen über die Erben Georg von Schönerers[a] in der „Großdeutschen Partei“ bis hin zum Antisemitenbund[b] und zur NSDAP nahmen sowohl der Rassismus wie die Radikalität des Antisemitismus zu.

5.2 Antisemitismus im Alpenverein

Der Alpenverein hat sich nie in einem gesellschaftlich und politisch neutralen Raum bewegt, auch wenn er sich als unpolitisch bezeichnete. Er war (und ist auch heute noch) in die Gegebenheiten seiner Zeit eingebunden.

Deutsch, deutschgläubig, konservativ, christlich-konservativ, völkisch, national, deutschnational, nationalistisch, rechts, rassistisch, antisemitisch, antibolschewistisch – lang ist die Liste der Attribute, mit denen versucht werden kann, einen bestimmten Sektor der Entwicklungen in der unruhigen Zeit der Weimarer Republik zu betrachten[245]. Die Aspekte, die durch diese Vielzahl von Begriffen beschrieben werden (können), sind miteinander verknüpft, bedingen einander und führen mehr oder minder zielgerichtet auf die Situation hin, die den ungehinderten Übergang des Alpenvereins in das „Dritte Reich“ ermöglichte.

Die zunehmend antisemitische Stimmung im Volk ging am Alpenverein nicht vorbei. Bis zum Ersten Weltkrieg hatten sich die zentralen Entscheidungsgremien des Vereins der Bildung antisemitischer Sektionen widersetzt. Trotzdem hatten einzelne Sektionen[c] jüdischen Bergfreunden die Aufnahme verweigert. Andere alpine Vereine schlossen sich später an[246]. Hervorgehoben werden kann, dass während des Krieges in den Vereinsschriften des Alpenvereins kein Antisemitismus anklingt: Der Feind des Vereins war der „Welsche“. Gerade in den Groß- und Industriestädten waren viele Juden angesehene Mitglieder, gehörten den Vorständen an und oft auch zu den Gründern von Sektionen. Sie waren in ihren Sektionen genauso emanzipiert wie in der Gesellschaft. Wenn überhaupt unterschieden wurde, dann eher aus religiöser Sichtweise denn „rassisch“ bedingt. Jude zu sein war – mit wenigen Ausnahmefällen – kein Hinderungsgrund für eine Mitgliedschaft.

---

[a] Georg Heinrich Ritter von Schönerer (1842-1921) war ein österreichischer Gutsherr und Politiker. Schönerer hatte von 1879 bis zur Jahrhundertwende Bedeutung als Führer zunächst der Deutschnationalen und später der Alldeutschen Vereinigung. Er war ein heftiger Gegner des politischen Katholizismus, ein radikaler Antisemit und übte starken Einfluss auf den jungen Adolf Hitler aus, der ihn als eines seiner Vorbilder ansah.

[b] Der „Antisemitenbund“ war während der Zwischenkriegszeit in Österreich Sammelbecken für Antisemiten aller politischen und weltanschaulichen Richtungen.

[c] Sektion Mark Brandenburg (1899), Sektion Wien (1905), Sektion Hohenzollern (1905), Akademische Sektion Wien (1907), Akademische Sektion München (1910), Akademische Sektion Graz (1891), Sektion Kurmark (1913).

Der Antisemitismus im Alpenverein war zunächst latent. Erst nach dem Ende des Krieges wurde die judenfeindliche Stimmung offenkundiger. So kam etwa die Gründung der Wiener Bergwacht nicht zustande, weil nicht alle der fünf beteiligten großen alpinen Vereine Wiens die „derzeit vom Arierparagraphen beeinflußten Forderungen anerkennen konnten“[247]. Während der Sitzung des Hauptausschusses im Oktober 1919 in Nürnberg tauchte wiederholt die Frage nach der Einführung eines „Arierparagraphen“ auf; einen entsprechenden Antrag lehnte die Leitung ab[248]. Aber schon 1921 legte der Hauptausschuss mit überwiegender Mehrheit fest, dass den Sektionen in der Auswahl ihrer Mitglieder freie Hand gegeben wäre und sie auch den sog. Arierparagraphen in ihre Satzung aufnehmen könnten[a]; gleichzeitig betonte er aber die Gleichberechtigung aller Sektionen und aller Angehörigen der Sektionen[249]. Doch bald wurde die sich zunehmend verstärkende deutsch-nationale und antisemitische Geisteshaltung im Verein instrumentalisiert, bis sie schließlich in der „Donauland-Affäre“ offenkundig wurde und ihren Höhepunkt erreichte.

Die Donauland-Affäre ist mehrfach dargestellt worden, zeitnah in den „Verhandlungsschriften“ 1922-1924 des Alpenvereins über die Hauptversammlungen, in denen der Ausschluss diskutiert und beschlossen wurde. Mehr als 60 Jahre verstrichen, bis sich mit Peter Grimm[B][250] 1987 zum ersten Mal ein Offizieller des Alpenvereins in der Abhandlung „Gebeutelt, gebeugt und verboten“ über die Geschichte des Vereins dazu äußerte, nachdem schon 1980 Alfred M. Müller[251] das Thema in seiner Dissertation bearbeitet hatte. In der Folge erschienen Abhandlungen von Rainer Amstädter[252] (1996), Helmuth Zebhauser[B][253] (1998) beide mit wissenschaftlichem Anspruch, Klaus Kundt[254] (1999 zur 75. Wiederkehr des Ausschlusses), Nicholas Mailänder[B][255] (2006). Eine umfassende chronologische Zusammenstellung von Dokumenten der Entwicklung des Antisemitismus im Alpenverein bringt Joachim Schindler[256]. Die Arbeiten schildern den Prozess der Ausgrenzung ausführlich, so dass es hinreichend erscheint, den Ablauf hier in Kürze darzustellen.

---

[a] “In der Auswahl ihrer Mitglieder und der Festsetzung der Bedingungen für ihre Aufnahme, ebenso in den Bestimmungen über ihren Ausschluß sind die Sektionen völlig selbständig. Deshalb gehört es auch zur Selbständigkeit der Sektionen, ob und inwieweit sie den sogenannten Arierparagraphen annehmen wollen.“
Außer zahlreichen österreichischen Sektionen führten der Österreichische Touristenklub (ÖTK, 1920), der Österreichische Gebirgsverein (ÖGV, 1921) und der Österreichische Alpenklub (ÖAK, 1921) den Paragraphen ein, ÖTK und ÖGV schlossen sich 1931 dem Alpenverein als Sektionen an und stärkten so dessen antisemitisches Potential (der ÖAK folgte 1938). Wie viele reichsdeutsche Sektionen die Möglichkeit eines Arierparagraphen wahrnahmen, lässt sich nicht ohne weiteres feststellen.

1873 hatten sich der Deutsche Alpenverein und der Österreichische Alpenverein zum gemeinsamen Deutschen und Österreichischen Alpenverein (DuÖAV[a]) zusammengeschlossen. Die Vereinigung führte dazu, dass sich der Alpenverein als großdeutsch und als Klammer der beiden Staaten (Deutsch)-Österreich und Deutschland betrachtete. Die Bergsteiger des gesamten deutschsprachigen Ostalpenraums machten keinen Unterschied zwischen deutschen und österreichischen Bergen, zu denen die Dolomiten ebenso selbstverständlich wie die Julischen Alpen gehörten[b]. Die Abtretung Südtirols und der dort gelegenen Arbeitsgebiete und Hütten wurde nicht als politische Folge des Weltkriegs anerkannt, sondern als nicht zu rechtfertigender Verlust angestammter Berggebiete. Diese Anschauung trug dazu bei, das Problem „Südtirol" immer wieder zu akzentuieren und Alpenverein und Bergsteiger für nationalistisch-revanchistisches Gedankengut empfänglich zu machen.[c]

Während unter der Bergsteigerschaft und im Alpenverein diese Haltung sich zunächst eher diffus zeigte und nicht organisierte, sahen großdeutsch gesinnte, alldeutsche Kreise Österreichs den Alpenverein geradezu als ein Modell an für die von ihnen angestrebte, von den Siegermächten aber abgelehnte nationale Wiedervereinigung („Anschlussverbot"[d]) Deutschösterreichs mit dem Deutschen Reich. Zentrum der Alldeutschen Österreichs war auf politischer Ebene die von Georg Ritter von Schönerer 1891 gegründete „Alldeutsche Vereinigung"[257], die im Wiener Reichsrat eine deutschnationale, antisemitische österreichische Partei war. Schönerer war ein radikaler Antisemit, der einen starken Einfluss auch auf den jungen Adolf Hitler ausübte, der in den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts in Wien lebte.

Georg v. Schönerer

[a] Im Folgenden stets als „Alpenverein" bezeichnet.

[b] Der Begriff „Deutsche Alpen" war nicht nur unter den Alpinisten üblich. Man begegnet ihm ebenso in Reisebeschreibungen des 18. Jahrhunderts, vor allem aus dessen zweiter Hälfte.

[c] Die Sektion Innsbruck stellte 1920 den Antrag, den D.u.Ö.AV in „Deutscher Alpenverein" umzubenennen und das „Fremdwort" Sektion durch das deutsche „Zweig" zu ersetzen, wie es dann im Dritten Reich auch geschah (Mitteilungen 1920, S. 35).

[d] Anschlussverbot ist die Bezeichnung für das für Österreich im Vertrag von Saint-Germain und für Deutschland im Friedensvertrag von Versailles festgelegte Verbot der Nationalen Vereinigung, die am 30.10.1918 von der deutsch-österreichischen provisorischen Nationalversammlung beschlossen und am 12.11.1918 im Gesetz über die Staatsform einstimmig festgelegt wurde: Deutsch-Österreich ist ein Bestandteil der deutschen Republik. Trotz des „Anschlussverbots" stimmte noch am 24.4.1921 Tirol mit 98,8% für den Anschluss an das Deutsche Reich, Salzburg am 29.5.1921 sogar mit 99,3%.

Mit Schönerer eng befreundet war Hofrat Eduard Pichl[258], seit 1921 Vorstand der Sektion Austria und späterer Herausgeber einer Biographie[259] Schönerers. Eines der Anliegen Pichls, das er äußerst zielstrebig verfolgte, war die Durchsetzung des Arierparagraphen im gesamten Alpenverein. Zunächst setzte er als neu gewählter Vorsitzender den Arierparagraphen in seiner Sektion durch, so dass Juden, die damals rund ein Drittel der Sektionsmitglieder stellten, aus der Sektion ausgeschlossen wurden. Die Ausgeschlossenen gründeten daraufhin im gleichen Jahr die Sektion Donauland, die ebenfalls noch 1921 vom Hauptausschuss als gleichberechtigte Sektion in den Alpenverein aufgenommen wurde. Dagegen protestierten 48 österreichische Sektionen „in Wut gegen alle volksfremden Elemente“. Damit war die Affäre „Sektion Donauland“ geboren. Den Ausschluss der Sektion beantragte 1922 in Bayreuth die Sektion Austria, während die Sektionen Hochland und Oberland zunächst satzungsgemäße Regelungen für das Ausschlussverfahren wollten, damit, wie der Sprecher der Sektion Hochland sagte, „wir nicht mehr wie bisher in die Lage kommen, uns Jahr für Jahr über die Juden – mehr will ich nicht sagen – auszusprechen“. Der Antrag wurde mit deutlicher Mehrheit abgelehnt, doch Dr. Josef Donabaum, vormaliger Vorsitzender der Sektion Austria und nun Vorsitzender der Sektion Donauland, zog sich als 3. Vorsitzender aus den Vereinsgremien zurück, um sich „ein freundliches Andenken zu bewahren“[260].

Juden unerwünscht

Adolf Sotier

Pichl bediente sich bei seinen Bestrebungen des „Deutschvölkischen Bundes im DÖAV“ DVB, den er am 19. März 1922 in Reaktion auf die Aufnahme von Donauland in den Alpenverein in Salzburg begründet hatte. Der DVB umfasste bis zu 98 österreichische Sektionen und die drei reichsdeutschen Sektionen Hochland, Oberland und die Akademische Sektion Dresden. Dem DVB gehörten einflussreiche Männer des Alpenvereins an, die mit den Bestrebungen des DVB eines Sinnes waren: Pichl als Geschäftsführer; der Schriftleiter des *Bergsteiger* Karl Sandtner; der Vorsitzende der Sektion Oberland Adolf Sotier; Eduard Meukel, der Vorstand der Sektion Hochland und spätere

Sprecher der Bergsteigergruppe; Viktor Wessely als Vorsitzender der Sektion Linz; Prof. Dr. Raimund von Klebelsberg, Vorsitzender der Sektion Innsbruck und nach dem Rücktritt Donabaums ab 1922 Dritter Vorsitzender des Alpenvereins; der Generalsekretär des Alpenvereins, Dr. Josef Moriggl u.a. Die Aufgabe des DVB war die einer Geschäftsstelle, die Pichl einsetzte, um Tagungen und den Auftritt seiner Sektion Austria auf den Hauptversammlungen des Alpenvereins vorzubereiten, Umfragen in Arier- und Judenangelegenheiten durchzuführen, Anklagen gegen Donauland zu formulieren, Aufklärungs- und Denkschriften[a] abzufassen und zu verteilen, Presseartikel[b] im *Bergsteiger* und in Tageszeitungen zu lancieren, Wiener Tageszeitungen vor und nach den Hauptversammlungen des Alpenvereins zu versenden, die Korrespondenz des Geschäftsführers zu erledigen – kurz, der DVB war Pichls durchorganisiertes und hocheffizientes Büro. An allen Tagungen des DVB nahmen hochrangige, meist österreichische Vertreter des Alpenvereins teil.

Pichl ging systematisch und zielgerichtet vor. Nach dem vergeblichen Antrag 1922 in Bayreuth stellte er in der Hauptversammlung 1923 in Bad Tölz erneut den Antrag auf Ausschluss von Donauland. Die Sprecher für den Antrag argumentierten im Sinne Pichls völkisch: „Durch völkische Reinheit zur völkischer Einheit“ und bedienten sich zur Begründung all der vornehmlich in der österreichischen Bevölkerung verbreiteten, volksverhetzenden Vorurteile über Juden. Aber auch Redner, die sich für den Verbleib von Donauland aussprachen, taten dies nicht aus Judenfreundlichkeit, sondern weil sie Ruhe und Frieden im Verein haben wollten, die sie durch den Ausschluss gefährdet sahen – gerade entgegengesetzt zur Argumentation des DVB. Ein freiwilliges Ausscheiden lehnte Donauland ab. Nachdem die völkische Argumentation letztlich nicht verfing und den Alpenvereinsgremien keine schwerwiegenden Vorwürfe gegen Donauland bekannt waren, wurde abgestimmt. Die für eine Satzungsänderung erforderliche ¾-Mehrheit wurde nicht erreicht, der Antrag der Sektion Austria wurde abgelehnt.

Eduard Pichl

[a] „An unsere Stammesbrüder im Deutschen Reiche“ (1923), „Denkschrift der österreichischen Sektionen“ (1924) in Auflagen von jeweils 3000 Stück.

[b] z.B. „Alpenverein und reines Deutschtum“, „Der Alpenverein in Gefahr?“ u.a.

Hier zeigt sich, dass sich die Diskussion von völkisch-antisemitischen Begründungen aus taktischen Gründen allmählich hin zur „Störung der ruhigen Weiterentwicklung des Vereins“ im Falle des Verbleibens von Donauland im Alpenverein verlagerte.[261]

Die Bewegung in Österreich und Deutschland für oder wider Donauland hatte inzwischen einen solchen Umfang angenommen, dass eine Zersetzung und Spaltung des Alpenvereins zu befürchten war. Der Hauptausschuss versuchte deshalb, Donauland zum freiwilligen Rücktritt zu bewegen – vergeblich. Verhandlungen der Vereinsführung mit Pichl resultierten in dem Kompromiss, der Alpenverein würde dem Ausschluss Donaulands zustimmen, wenn Pichl auf einen allgemein verbindlichen Arierparagraphen in der Alpenvereinssatzung verzichten würde[262]. In der Folge befürwortete denn auch der Hauptausschuss in der Hauptversammlung 1924 in Rosenheim den Antrag der Sektion Klagenfurt und weiterer 98 österreichischer und neun reichsdeutscher Sektionen, die Hauptversammlung möge die Sektion Donauland auffordern, „behufs Wiederherstellung des Friedens und der ruhigen Entwicklung des Gesamtvereins ihren Austritt zu erklären.“ Absprachegemäß verpflichteten sich die Sektionen des DVB unter der Voraussetzung, dass Donauland aus dem Alpenverein ausscheide, binnen acht Jahren keinen Antrag auf Einführung des Arierparagraphen für den Gesamtverein zu stellen oder dafür zu werben und binnen weiterer vier Jahre einen solchen Antrag nur dann zu stellen, wenn er von einem Drittel der reichsdeutschen Sektionen unterstützt würde. Vorausgesetzt werde dabei aber auch, dass einzelne Sektionen den Arierparagraphen einführen oder anwenden könnten. Auch würde sich der DVB auflösen und nicht als eine Vereinigung neu erstehen, die den übernommenen Bestimmungen zuwiderhandeln würde. Der Hauptausschuss möge aber zur Kenntnis nehmen, dass in Österreich das Wort „völkisch“ keine politische Bedeutung habe. Der Antrag wurde mit dem Hinweis verbunden, der Alpenverein solle entweder Verständnis für den Antrag finden oder aber die Konsequenzen ziehen. Die Konsequenz sei „die Wahrscheinlichkeit, vielleicht Gewißheit, daß der Verein dadurch in seinem Bestande gefährdet wird“. Nicht die Existenz oder das Verhalten der Sektion Donauland bedrohte jetzt den Bestand des Vereins, sondern die unnachgiebige Forderung des DVB. Nach eingehendem Für und Wider wurde zunächst beschlossen, in der Satzung zu verankern: „Der Verein ist unpolitisch.“ In einer Entschließung wurde ferner beschlossen, dass „Bestrebungen zur Wahrung und Förderung deutscher Stammesart … selbstverständlich nicht als politische angesprochen werden“ könnten. Der Antrag der Sektion Klagenfurt, eine außerordentliche Hauptversammlung einzuberufen, wenn die Sektion Donauland nicht bis zu einem bestimmten Termin[a] ihren Austritt erklärt hätte, wurde

[a] Die Hauptversammlung fand am 20.07.1924 statt, als Termin für die Entscheidung wurde der 31.10.1924 gesetzt.

mit großer Mehrheit angenommen.[263]

Noch im Dezember 1924 verbreitete Pichl eine üble Hetzkampagne im *Bergsteiger*, in der er die reichsdeutschen Sektionen[a] warnte, gegen den Ausschluss zu stimmen[264]. Nachdem Donauland sich bis zum gesetzten Termin wieder nicht zum Rücktritt bereitfand, wurde die außerordentliche Hauptversammlung nach München einberufen und die Sektion Donauland am 14. Dezember 1924 aus dem Alpenverein ausgeschlossen[265]. Der Ausschluss war nicht unter rassen- oder völkischen Aspekten, sondern als vereinspolitische Maßnahme[b] hingestellt worden. Bedeutende Bergsteiger und Alpenvereinsmänner, allen voran Johann Stüdl, Eugen Guido Lammer, Wilhelm Rickmer Rickmers[B], hatten vergebens Einspruch erhoben; die Presse, die nicht völkisch oder antisemitisch eingestellt war, berichtete „voll Abscheu über die neue Positionierung des Alpenvereins“[266].

Johann Stüdl

Pichls Taktik war aufgegangen, er hatte gesiegt. Er triumphierte[c]: „Der dreieinhalbjährige Kampf ist ein Musterbeispiel dafür, was durch festen Willen und durch Zähigkeit erreicht werden kann. … Ohne Überhebung dürfen wir es sagen: Ohne DVB säße ‚Donauland‘ noch heute in unserem Alpenverein! … Der DVB hat den Gesamtverein am Leben erhalten, denn nur durch seine Gründung und durch die Beharrlichkeit in der Verfolgung seines Zieles, ‚Entfernung der Sektion Donauland‘, kam es dahin, daß ‚Donauland‘, diese ungeheure Gefahr für den ungeteilten Bestand des Alpenvereins, aus dessen gesundem Körper ausgeschieden wurde.“ [267]

Am 15. Februar 1925 löste Pichl in einer letzten Zusammenkunft in Bischofshofen den „Deutschvölkischen Bund im DÖAV“ auf.[268] Die meisten österreichischen alpinen Verbände[269] und Sektionen nahmen den Arierparagra-

[a] Namentlich genannt werden die Sektionen Berlin, Mainz, Frankfurt a. M., Mannheim, Nürnberg, Bayerland.

[b] Die Vorwürfe: Das Verhalten der Sektion Donauland beim „Erwerb“ der Mainzer Hütte, Einbrüche in fremde Arbeitsgebiete (Der Bergsteiger 1924, S. 385-386).

[c] Aus Pichls Ansprache anlässlich der Auflösung des DVB im Jahre 1925.

phen in ihre Satzungen auf. Die Sektion Donauland bildete sich im Januar 1925 in den „Alpenverein Donauland“ um und ging eine enge Kooperation mit dem „Deutschen Alpenverein Berlin e.V.“ ein, der sich im April 1925 aus der Sektion Berlin heraus im Protest gegen den Ausschluss von Donauland begründet hatte[270]. Jüdische Ortsgruppen des Alpenvereins Berlin wurden 1928 in Breslau und Leipzig begründet. In München entstand 1927 der Süddeutsche Alpenverein München[271] als ein jüdischer alpiner Verein.[a]

1929 ging das Amt des 1. Vorsitzenden, das von Sydow seit 1912 innehatte, auf Robert Rehlen über, den Vorsitzenden des Verwaltungsausschusses in der Zeit von 1921-1928. Rehlen richtete ein Grußwort an die Sektionen des Alpenvereins, in dem es heißt: „Schlimme Zeiten, äußere Gefahren, innere Gärungen hat der Verein glücklich überstanden, neu gefestigt ist er wieder in die Bahn ruhiger sachlicher Entwicklung getreten.“[272]

1929 wechselte der Vereinssitz („Vorort“) von München nach Innsbruck. Dadurch verlor der Alpenverein aus formaljuristischen Gründen im Deutschen Reich seine Rechtsfähigkeit, die er als nunmehr ausländischer Verein beim deutschen Reichsrat neu beantragen musste[b]. Dazu wurde in den Reichsratsausschüssen ein Gutachten gefertigt. In ihm wird der unpolitische Charakter des Alpenvereins bestritten und es werden massive Vorwürfe des Antisemitismus erhoben. Die Organe des Alpenvereins hätten „nicht nur der antisemitischen Strömung keinerlei Hindernis in den Weg [gelegt], sondern [seien] vor ihr im Ernstfalle wider bessere Einsicht [zurückgewichen]. … Wenn man die Nachrichten der einzelnen Sektionen verfolgt, findet man noch vielfach Aufsätze mit offenen oder versteckten antisemitischen Angriffen. … Die Anerkennung, daß in Österreich ‚völkisch‘ nicht ‚politisch‘ bedeute, … hat bewirkt, daß die österreichischen Sektionen bei der öffentlichen Propagierung ihrer antisemitischen Ziele sich auf ein formales Recht berufen können. … Dies gilt aber auch für das Deutsche Reich. Dem Beispiel der österreichischen Sektionen folgend, [hat] eine Reihe von deutschen Sektionen ebenfalls den Arierparagraphen eingeführt. … [Den Alpenverein] durch Verleihung der Rechtsfähigkeit zu ermutigen, besteht kein Anlaß“[273]. Trotz dieses Gutachtens wurde dem Alpenverein bereits Ende 1930 die Rechtsfähigkeit im Deutschen Reich wieder zuerkannt[274].

---

[a] Die beiden jüdischen Vereine traten 1932 der soeben gegründeten UIAA bei, während der DuÖ Alpenverein dies aus nationalistischen Erwägungen nicht tat.

[b] In der Hauptversammlung 1922 in Bayreuth wurde der umgekehrte Fall, die Erwerbung der Rechtsfähigkeit für Österreich nach Verlegung des Amtssitzes („Vorort“) von Wien nach München, erörtert.

Pichl hat sich an die Vereinbarung, keinen Antrag auf allgemeine Einführung der Arierbestimmung einzureichen, gehalten. Erst im April 1933 ersuchte er den Hauptausschuss, für die nächste Hauptversammlung einen entsprechenden Antrag zu stellen. Eine große Zahl reichsdeutscher und österreichischer Sektionen hatte sich diesem Ersuchen angeschlossen. Der Hauptausschuss erkannte in seiner Sitzung am 14. Mai 1933 sachlich „das Zeitgemäße und Richtige“ des vorgeschlagenen Antrags an. Er empfahl den Sektionen, ihre Satzungen etwa wie folgt zu ergänzen: „Personen jüdischer Abstammung (im Sinne und im Rahmen der dafür im Deutschen Reiche geltenden amtlichen Bestimmungen und mit den entsprechenden Ausnahmen) dürfen künftighin nicht als Mitglieder aufgenommen werden.“[275] Zu dieser Zeit hatte Hitler schon die Macht übernommen. Der Arierparagraph wurde verpflichtend eingeführt, wenn er auch nach dem Erlass der Nürnberger Rassenreinheits-Gesetze 1935 durch die Formulierung verbrämt wurde, nur noch deutsche Staatsangehörige könnten Mitglied sein und werden.

Gegen Hass und Intoleranz

Die Donauland-Affäre ließ den Alpenverein nicht ruhen; sie belastet ihn bis in unsere Tage[276]. Nach Aufarbeitung des Geschehens wurde im Dezember 2001 in einer feierlichen Zeremonie gemeinsam mit religiösen und weltlichen Würdenträgern der Gedenkstein „Gegen Intoleranz und Hass“ auf der Praterinsel enthüllt und die (gleichnamige) Proklamation des DAV zum ersten Mal verlesen.[277]

5.3 Antisemitismus in der Sektion Bayerland

Während der Alpenverein – seine Funktionäre und Gremien – dem allgemeinen Trend der Gesellschaft oder der Gesellschaftsschicht seiner Mitglieder folgte, um seine Ziele erreichen und seine Vorhaben durchsetzen zu können, bestimmte der Einzelne sein Verhalten eher nach seinen individuellen Überzeugungen. Auch die Sektion Bayerland als eines der Mitglieder des Alpenvereins verhielt sich zunächst nach eigener Anschauung und Lagebeurteilung, um dann doch mit dem Strom zu schwimmen.[a]

[a] Siehe hierzu auch den Beitrag von N. Mailänder, Die Sektion Bayerland, der Antisemitismus und das Naziregime, Der Bayerländer, Heft 77, S. 35-49.

Die Donauland-Affäre

Nachdem der Hauptausschuss des Alpenvereins 1921 den Sektionen freigestellt hatte, den Arierparagraphen in ihre Satzungen aufzunehmen, beantragten Anton Hübel[B] „und Genossen“ in der Hauptversammlung der Sektion am 4. Januar 1922 dessen Einführung. Der Antrag wurde nach „ziemlich lebhafter Aussprache“ als entbehrlich bezeichnet und abgelehnt.[278]

In den Veröffentlichungen der Sektion ist bis zur Hauptversammlung des Alpenvereins 1924 in Rosenheim über die Donauland-Affäre nichts vermerkt. Erst an einem der in Bayerland sog. „Pflichtabende“ berichtete der Vorsitzende, Amtsanwalt Eduard Strobel[Ba], am 29. Oktober 1924 über die für Donauland entscheidende Hauptversammlung in Rosenheim. Einer der wesentlichen Punkte war der Antrag des Hauptausschusses für den Ausschluss der Sektion Donauland mit folgender Begründung:

„Mit Zuschrift vom 31. Oktober 1924 hat die S. Donauland dem Hauptausschuß erklärt, daß sie der Aufforderung der Hauptversammlung in Rosenheim, freiwillig aus dem D. u. Ö. A. V. auszutreten, nicht entsprechen könne. …

Der H. A. beantragt den Ausschluß der Sektion Donauland … und begründet diesen Antrag wie folgt:

I. Die S. Donauland gefährdet, durch ihr ablehnendes Verhalten gegenüber der von der Hauptversammlung in Rosenheim zur Verhütung der Zersetzung und des Verfalls des D. u. Ö. A. V. an sie gerichteten Aufforderung zum Austritt aus dem Verein, den Bestand des Gesamtvereins.
II. … bewußte Zuwiderhandlung gegen die Bestimmungen der Hütten- und Wegebauordnung (Erwerb der Mainzer Hütte) ...
III. … fortgesetztes Eindringen in fremde Arbeitsgebiete (Deutscher Alpenverein Prag) …“[279]

Über diesen Pflichtabend heißt es im *Bayerländer*: „An seine (Strobels[B]) Ausführungen über die Donaulandfrage knüpfte sich eine rege Aussprache, in deren Verlauf fast alle Redner auf das Bedenkliche eines Ausschlusses der Sektion Donauland aus dem Alpenverein aus den gegen sie geltend gemachten Gründen hinwiesen. Durch die Aussprache ist zweifellos eine gewisse Klärung der Meinungen über diese für den Alpenverein äußerst wichtige Frage erzielt worden. Zur endgültigen bindenden Stellungnahme wird die Angelegenheit Donauland der am 10.12.24 stattfindenden Hauptversammlung der Sektion

[a] 1924/25-1926.

Alpine Zeitung

Bergsport • Reisen • Bäder • Kurorte

Die Alpenvereinssektion Oberland soll am 29. Oktober ein „ausverkauftes Haus". Ein sogenannter Pflichtabend, der der üblen Gewohnheit des „Schwänzens" steuern soll, rief diesmal die Mitglieder zusammen. Der 1. Vorsitzende, Amtsrichter Eduard Strobl, berichtete über die Ergebnisse der letzten Hauptversammlung des Alpenvereins in Rosenheim und insbesondere über die Angelegenheiten, die mit dem Ausschluß der Wiener Alpenvereinssektion Donauland zusammenhingen. Daran knüpfte sich eine sehr bemerkenswerte freie Aussprache, in der u. a. die Herren Professor v. Martin, Adolf Deye, Walter Schmidkunz, Landgerichtsrat Müller, Georg Blab das Wort zu eingehenden Ausführungen ergriffen, deren Meinung fast restlos dahinging, das Hereintragen politischer Gegensätze in den Alpinismus zu verurteilen. Den Standpunkt der österreichischen Sektionen, die mit allen Mitteln für den Ausschluß der als unarisch verschrieenen Sektion Donauland agitieren, teilte kein Redner. Die wiederholten Vorschläge, sich ähnlich wie die Sektion Berlin und andere deutsche Sektionen für eine Revision der bisherigen Beschlüsse einzusetzen bezw. gegen einen Ausschluß der Sektion Donauland zu stimmen, fanden widerspruchslosen Beifall, so daß, da wahrscheinlicherweise auch andere Sektionen zu ähnlichen Ueberlegungen kommen, es nicht ausgeschlossen ist, daß auf der am 14. Dezember in München stattfindenden außerordentlichen Hauptversammlung des D. u. Oe. A. V. noch in zwölfter Stunde eine Beschlußfassung zustandekommt, die den Alpenverein vor Folgen bewahrt, denen man in vielen Kreisen mit Besorgnis entgegensieht.

Münchner Neueste Nachrichten vom 7. November 1924

Bayerland unterbreitet. Mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Frage Donauland für die Entwicklung des Alpenvereins wird erwartet, daß jeder Münchner Bayerländer an diesem Tag erscheint und daß alle ebenso rückhaltlos und offen, wie es am Pflichtabend vom 29.10. geschehen ist, ihre Meinung äußern, damit die Entscheidung, die dann gefällt wird, ein richtiges Bild gibt von der Stimmung der Sektion Bayerland in dieser Angelegenheit.“[280]

Nicht autorisiert von der Sektion erschien in den *Münchner Neuesten Nachrichten* am 7. November 1924 eine Notiz[281] über den Pflichtabend vom 29. Oktober, in dem es heißt: An den Bericht des 1. Vorsitzenden „knüpfte sich eine sehr bemerkenswerte freie Aussprache, in der u.a. die Herren Professor v. Martin[B], Adolf Deye[B], Walter Schmidkunz[B], Landgerichtsrat [Carl] Müller[B], Georg Blab[B] das Wort zu eingehenden Ausführungen ergriffen, deren Meinung fast restlos dahin ging, das Hereintragen politischer Gegensätze in den Alpinismus zu verurteilen. Den Standpunkt der österreichischen Sektionen, die mit allen Mitteln für den Ausschluß der als unarisch verschrieenen Sektion Donauland agieren, teilte kein Redner. Die wiederholten Vorschläge, sich ähnlich wie die Sektion Berlin[a] und andere deutsche Sektionen für eine Revision der bisherigen Beschlüsse einzusetzen bzw. gegen einen Ausschluß der Sektion Donauland zu stimmen, fanden widerspruchslosen Beifall, so daß, da wahrscheinlicherweise auch andere Sektionen zu ähnlichen Überlegungen kommen, es nicht ausgeschlossen ist, daß auf der am 14. Dezember in München stattfindenden außerordentlichen Hauptversammlung des D. u. Ö. A. V. noch in zwölfter Stunde eine Beschlußfassung zustande kommt, die den Alpenverein vor Folgen bewahrt, denen man in viele Kreisen mit Besorgnis entgegensieht.“

Eduard Pichl erfährt von der Notiz und schreibt im *Bergsteiger* dazu: Jetzt erschien „in den ‚Münchener N. N.‘ ein Bericht über einen Pflichtabend der S. ‚Bayerland‘, an dem sich mehrere Redner mit dem Ausschluß der als ‚unarisch verschrieenen‘ S. ‚Donauland‘ beschäftigten, und wonach nicht nur keiner derselben den Standpunkt der österreichischen Sektionen geteilt habe, sondern wo auch die wiederholten Vorschläge, sich für eine Revision der bisherigen Beschlüsse einzusetzen, bzw. gegen den Ausschluß der S. ‚Donauland‘ zu stimmen, widerspruchlosen Beifall gefunden haben sollen.“[282]

Gegen die Veröffentlichung der Notiz in den *M.N.N.*, die wohl von einem Insider lanciert worden war, verwahrte sich die Sektion. Sie gab eine entsprechende Bekanntmachung in die Tagespresse, die in den *M.N.N.* am 30. Novem-

[a] Die Sektion Berlin votierte gegen den Ausschluss von Donauland. Eine Notiz hierzu erschien ebenfalls in den Münchner Neuesten Nachrichten vom 30.11.1924, Nr. 327, S. 39.

Der Bergsteiger

Deutsche Wochenschrift für Alpinismus und Schilauf

Geleitet von Karl Sandtner, Wien.

Nummer 50 Wien-Graz-Innsbruck, Freitag, den 12. Dezember 1924 2. Jahrgang

Zur außerordentlichen Hauptversammlung des D. u. Ö. Alpenvereins.

Die Münchener Sektionen haben mit Ausnahme von zweien (Bayerland und Isartal) aus Anlaß der der endlichen Bere...gung der „Donauland"-Frage gewidmeten außerordentlichen Hauptversammlung an die Schwestersektionen nachstehendes Schreiben gerichtet:

An alle reichsdeutschen Sektionen!

Die nachgenannten im „Ortsausschuß der Münchner Alpenvereinssektionen" vertretenen Sektionen beehren sich, Ihnen im folgenden ihre Stellungnahme zur Frage des Ausschlusses der Sektion „Donauland" zur Kenntnis zu bringen:

Wir lehnen es ab, die Frage als eine konfessionelle oder politische zu betrachten. Für uns handelt es sich ausschließlich um das Wohl und Wehe unseres mächtigen und uns teuren Vereins, dessen Bestand und gedeihliche Fortentwicklung unter allen Umständen gesichert bleiben müssen, auch wenn dabei ein einzelnes Glied unter die Räder gerät. Es muß eben auch hier, wie so manchesmal im Menschen- und Völkerleben, das Sonderinteresse des Einzelnen um des großen Ganzen willen zurückstehen.

Wir hätten nach dem unzweideutigen Ergebnis der Rosenheimer Tagung erwarten dürfen, daß die Sektion „Donauland" selbst die Folgerungen ihrer unhaltbaren Lage im Verein zieht. Diese Erwartung wurde enttäuscht. Die Sektion „Donauland" weigert sich, der selbstverständlichen Pflicht, die jedem obliegt, der einem größeren Kreise angehört, nämlich freiwillig zurückzutreten, wenn er sich dem nahezu geschlossenen Widerstande der übrigen Angehörigen gegenübersieht, nachzukommen. Schon diese Tatsache allein rechtfertigt unseres Erachtens den Ausschluß der Sektion „Donauland".

Wir sind nicht gewillt, auch die Tagesordnung der nächsten Hauptversammlungen mit der seit nun vier Jahren fortsam erörterten „Donauland"-Angelegenheit belasten zu lassen. Wir haben auf unseren weitgesteckten Wirkungskreise ...tigere — besonders bergsteigerische — Fragen zu lösen, die durch den Streit um „Donauland" in den letzten Jahren zu ...recht in den Hintergrund gedrängt wurden.

Dem Vernehmen nach wollen einzelne Sektionen ihre Rosenheimer Abstimmung „revidieren". Wir würden das schon im Interesse des Ansehens unseres Vereins nach außen lebhaft bedauern. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Frage des Ausschlusses der Sektion „Donauland" bereits auf der ordentlichen Hauptversammlung in Rosenheim sachlich entschieden wurde. Die außerordentliche Hauptversammlung am 14. dieses Monats hat unserer Auffassung nach lediglich die formelle Ausführung des Rosenheimer Beschlusses zum Gegenstande.

Wir erinnern daran, daß auf der Hauptversammlung in Rosenheim die Frage des Ausscheidens der Sektion „Donauland" und die Änderung des §1 unserer Satzungen, die den unpolitischen Charakter des Vereins festlegte, ein untrennbares Ganzes gebildet haben, das auseinanderzerissen, wiederum die schwersten Erschütterungen unseres Vereinslebens auslösen würde.

Wir fühlen uns verpflichtet, dem Hauptausschusse gegenüber, von dem wir wissen, wie schwer ihm die letzten Entschlüsse gefallen sind, die in Rosenheim gegebene Zusage loyal einzulösen.

Wir fordern deshalb alle Sektionen, die es mit unserer alpinen Sache und unserem stolzen Verein aufrichtig gut meinen, auf, sich am 14. dieses Monats rückhaltlos und geschlossen mit uns hinter den Hauptausschuß zu stellen.

Nachrichtlich allen österreichischen Sektionen zur Kenntnis!

Mit alpinem Gruße!

Sektion Hochland, Sektion Oberland, Akademische Sektion, Sektion Alpenland, Sektion Alpiner Ski-Klub, Sektion Bergfried, Sektion Bergland, Sektion Edelweiß, Sektion Männerturnverein, Sektion München, Sektion Neuland, Sektion Turner-Alpen-Kränzchen.

Aufruf an die Münchner Sektionen zur Hauptversammlung am 14. Dezember 1924

ber 1924 abgedruckt wurde[283]. Auch das bemerkte Pichl: „(D)ie Nachricht bezüglich ‚Bayerland' in den ‚M.N.N.' ist entstellt und mißbräuchlich veröffentlicht worden."[284]

Dass die Einstellung der Sektion Bayerland gegen den Ausschluss von Donauland war, zeigt die Tatsache, dass Bayerland und Isartal als einzige der dreizehn Münchner Sektionen einen Aufruf „Zur außerordentlichen Hauptversammlung" nicht mittrugen, in dem „alle Sektionen, die es mit unserer alpinen Sache und unserem stolzen Verein aufrichtig gut meinen, [aufgefordert werden], sich am 14. dieses Monats rückhaltlos und geschlossen mit uns hinter den Hauptausschuß zu stellen."[285]

Doch entgegen allen Vorgesprächen kippte in der Hauptversammlung der Sektion am 10. Dezember 1924 die Stimmung. Der Beschluss der Versammlung bezüglich der Donaulandfrage lautete schließlich:

„Die Stellung der Sektion Bayerland zur Donaulandfrage wurde am 10.XII.24 festgelegt. Von 173 abgegebenen Stimmen sind 104 für den Antrag des Hauptausschusses, Abschnitt 1 des Antrages; gegen den Hauptausschuss Abschnitt 1 stimmen 69. Von der Versammlung wird noch festgestellt, daß … der Sprecher der Sektion auf der außerordentlichen Hauptversammlung des D. u. Ö. A. V. für den Antrag des Hauptausschusses (und damit) also gegen ‚Donauland' zu stimmen habe."[286]

Die Sektion Bayerland hatte also doch für den Ausschluss Donaulands gestimmt. Walter Schmidkunz[B], der vielseitige, begabte und emsig für Bayerland und den Verein arbeitende Schriftsteller, Professor Alfred von Martin[B] und wohl auch andere[a] traten aus der Sektion Bayerland aus.[287]

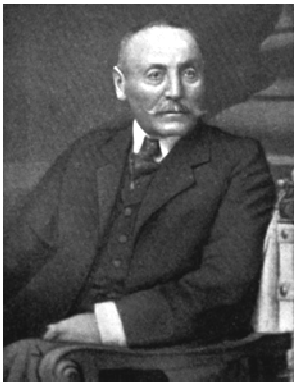
„Der Beschluß des Alpenvereins vom Dezember 1924 brachte die Befreiung von einem Druck, der das innere Leben des Alpenvereins stark belastet und auch in der Sektion Bayerland viele Kräfte der Arbeit im bergsteigerischen Sinne entzogen hat", schreibt Bayerlands Vorsitzender Strobel[B] in seinem Rückblick. „Nach Erledigung der bekannten, leidigen Angelegenheit" wandte sich die Sektion den zwei wesentlichen Fragen zu, die „unter selten starker Anteilnahme der Mitgliedschaft in der Sektion behandelt wurden": die Sorge um die bergsteigerischen Grundsätze der Sektion und die Frage der Bewirtschaftung der Meilerhütte.[288]

[a] Neben den beiden Genannten verließen 1925 noch neun weitere Mitglieder aus heute nicht mehr bekannten Gründen die Sektion – eine ungewöhnlich große Zahl (Der Bayerländer, Heft 25, München Januar 1926).

Jüdische Mitglieder in der Sektion Bayerland

In Bayerland gab es einzelne jüdische Mitglieder, die bekannt waren:

- Prof. Dr. Gottfried Merzbacher[B] (1843-1926), gelernter Kürschner, Geograph, Alpinist und Forschungsreisender, 1901 Ehrendoktor der Universität München, 1907 Professor; Mitglied in Bayerland seit 1896; Bergsteiger und Kletterer (1. Besteigung des Totenkirchls); Forschungsberichte[289]; vermachte der Sektion einen Teil seines Nachlasses, mit dem die „Merzbacher-Stiftung“ eingerichtet wurde, „aus deren Erträgnissen tüchtigen, jungen, unbemittelten Bergsteigern die Möglichkeit beschafft werden soll“, außereuropäische Gebirge zu besuchen. Er wollte seiner „besonderen Anhänglichkeit an die Sektion Bayerland Ausdruck geben, die als erste unter den deutschen Sektionen die Grundsätze der richtigen alpinen Bestrebungen aufgestellt und in die Tat umgesetzt hat“[290];



Prof. Dr. G. Merzbacher[B]

Dr. Fritz Pflaum[B]

- Dr. Fritz Pflaum[B] (1871-1908), Apotheker; Mitglied seit 1898; verunglückte am Mönch im Berner Oberland tödlich, seine Witwe und Freunde gründeten eine Stiftung zur Erbauung der hochtouristischen Fritz Pflaum[B]-Hütte im Griesner Kar im Wilden Kaiser, die 1912 eingeweiht wurde[291];
- Dr. Walter Bing[B], geboren im Elsaß, wohnhaft in Frankfurt a.M., Jurist, Sportjournalist und Schriftsteller; Mitglied in der Sektion Straßburg, Frankfurt und seit 1912 in Bayerland; Bergsteiger und Freund von Paul Preuß[B], korrespondierte mit Otto Margulies[B] über Donauland, beiden schenkte er Nachrufe[292]; Veröffentlichungen und Vorträge alpiner Themen verschiedener Art; W. Bing[B], Dr. cand. jur., diente seit November 1914 als kriegsfreiwilliger Kanonier, wurde 1915 in ein Schneeschuhbataillon in den Vogesen

versetzt (Kompanieparole: „Oertel[B] und Hoch Bayerland“, lag dann „tief im „Balkan“, wurde zusammen mit den Bayerländern Adolf Lüddecke[B] und Dr. Herbert Weil[B] an die Westfront versetzt, wo er zusammen mit seinen Sektionskameraden Oberleutnant Eduard Strobel[B], dem späteren Vorsitzenden Bayerlands, und Andreas Sattler[B] einen „Sektionsabend vor Verdun“ veranstaltete, war 1916 Vizefeldwebel und zudem Inhaber des Mil.-Verd.-Kreuz 2. Kl.;

Dr. P. Preuß und Dr. W. Bing

- Dr. Paul Preuß[B][293] (1886-1913), österreichischer Alpinist; Mitglied seit 1911; Starkletterer, Idol der Kletterszene; zahlreiche Erstbegehungen, auch im Alleingang, Initiator des Mauerhakenstreits, hervorragender Vortragsredner; Autor; befreundet mit Walter Schmidkunz[B], Paul Hübel[B], Dr. Walter Bing[B]; abgestürzt an der Nördlichen Mandlkogel-Nordkante;

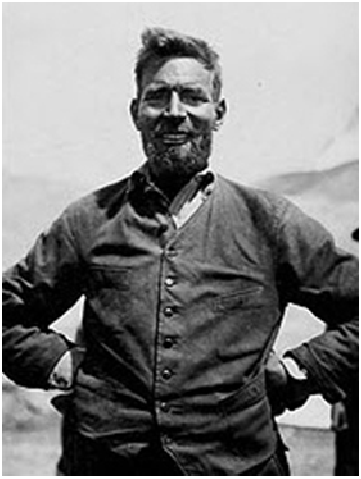
Otto Margulies[B]

- Otto Margulies[B] (1899-1925), Student; Autor; Mitglied bei Bayerland seit 1920, Mitglied bei Donauland; hervorragender Kletterer, nach einem unglücklichen Sturz 1917 am Oberschenkel amputiert, voll ungebändigter Lebenskraft wird er wieder zum Bergsteiger, macht Erstbegehungen, steht mit Prothese auf der Aiguille de Géant, in der Hochtor-Nordwand wohl an Erschöpfung gestorben.[294]

- Prof. Dr. Günter Oskar Dyhrenfurth (1886-1975), geb. in Breslau, Geologe, sein Sohn ist Norman D.; Mitglied bei Bayerland seit 1919[a]; nach der Machtübernahme trat er aus dem Alpenverein aus[295] und emigrierte in die Schweiz für seine Himalaya-Expeditionen in den Jahren 1930 und 1934 wurde er zusammen mit seiner Frau Hettie Dyhrenfurth 1936 im Rahmen der Olympi-

[a] Dyhrenfurth[B] war Mitglied in den Sektionen Bayerland, Breslau Salzburg und Schwaben.

schen Sommerspiele in Berlin mit dem Olympischen Bergsteigerpreis Prix olympique d'alpinisme ausgezeichnet[a];; Bücher: Zum dritten Pol, Memsahb (H. D.)[296];



Prof. Dr. G. O. Dyhrenfurth

Hettie Dyhrenfurth

Sicher gab es noch andere jüdische Mitglieder bei Bayerland; über sie ist jedoch nichts bekannt. Eines der Mitglieder geriet jedoch in den nationalsozialistischen, judenfeindlichen Sog der Zeit: Dr. Walter Bing[B].

Dr. Walter Bing

An einem Sprechabend am 13. April 1932 zum Thema „Kritik im Alpinismus" äußerte sich Bing[B] in einer Weise, die Bauer[B], der an diesem Abend nicht teilnehmen konnte, dazu brachte, den „Kritiker Bing" an Hand von Zeitungsartikeln, die Bing[B] seit 1929 zu Bauers Expeditionen veröffentlicht hatte, als in-

[a] Dyhrenfurth hatte sich noch in der Hauptversammlung in Rosenheim 1924 (Mitteilungen 1924, S. 211) begeistert zur Rede des Dr. Gustav Müller[B], Mitglied des Hauptausschusses und Sprecher der Sektion Hochland, geäußert, in der Sätze gesagt wurden wie: „An höheren Interessen über dem eigenen Ich kann es in der Zeit, in der wir leben, nur ein einziges geben, und dies eine Interesse heißt ‚deutsches Vaterland.' " oder: „Was der Alpenverein wollen und worauf er sich zielbewußt und besonnen durch entsprechende, wenn auch auf weite Sicht berechnete Maßnahmen einstellen sollte, das ist: Die Aufgabe, aus allen Schichten des deutschen Volkes stahlharte deutsche Kerle, Siegfriednaturen heranzuziehen, die in dem Feuer glühender Liebe zum Kronjuwel ihres Vaterlandes, der deutschen Bergwelt, geläutert und geschmiedet … dem Vaterland zu dienen und sich zu opfern, restlos zu erfüllen bereit und imstande sind."

kompetent anzugreifen[297]. Bing[B] antwortete, indem er auf die einzelnen, von Bauer[B] aufgeführten Punkte einging. Die Schriftleitung des *Bayerländer* veranlasste Bauer zur Rückäußerung und schloss damit die Auseinandersetzung.[298] Der Streit, der wohl auch über die Sektionsmitteilungen hinaus ausgetragen worden war, wurde mit scharfen Worten geführt, von Bauer[B] bisweilen in beleidigender Form. Gegen diese klagte Bing beim Amtsgericht Frankfurt. Das Urteil, das über Bauer gefällt wurde, lautete auf RM 80.-, ersatzweise zehn Tage Haft. Es sprach ausdrücklich von „schweren Angriffen gegen die Kritikerehre des Privatklägers“ und von einer „nicht unerhebliche[n] Ehrkränkung des wohl ab und zu leichtfertig, aber nicht ohne Eignung oder bösartig oder male fide kritisieren- den Privatklägers“. Dem Angeklagten hingegen wurde „vom Gericht zuerkannt, daß er (zur Wahrnehmung berechtigter Interessen) in weitestem Maße nicht nur berechtigt, sondern sogar innerlich vor sich und seiner großen bergsteigerischen Sache verpflichtet war.“ Daraus ergäbe sich, „daß eine Kritik an seinen bergsteigerischen Leistungen im Tibet- und Himalajagebiet nur mit äußerster Vorsicht und Zurückhaltung ausgeübt werden darf, dies schon aus der Einzigartigkeit mancher seiner bergsteigerischen Leistungen.“ „Eine Beleidigungsabsicht [Bauers[B]] hat … nach Überzeugung des Gerichtes gefehlt, und es hat sich lediglich um scharfe sachliche Kritik gehandelt.“ Gegen das Urteil legte Bauer[B] Berufung ein. Der Rechtsstreit wurde in der Berufungsinstanz entschieden, indem Bing[B] - die eine Lesart - sich durch das Urteil moralisch gerechtfertigt gefühlt und die Sache auf sich habe beruhen lassen. Nach der anderen Lesart[a] habe Bing seine Klage „offenbar unter dem Druck der ausführlichen Berufungsbegründung“ zurückziehen müssen.[299]

Dr. Walter Bing

Nach der Beendigung des Prozesses setzten sich die Anfeindungen gegen Bing fort. Der (neue) Schriftleiter des *Bayerländer*, Julius Trumpp[Bb], kommen-

[a] Vermutlich des Rechtsvertreters von P. Bauer[B].

[b] Der Mathematiker Dr. phil. Julius Trumpp[B] gab als Schriftleiter der Sektion Bayerland in den Jahren 1932-1938 neunzehn Ausgaben des „Bayerländer“ heraus. Trumpp[B] war gleichzeitig Pres-

tierte den Prozess in den Sektionsmitteilungen in gehässiger Weise[300]. Er besprach das Buch „Drei Jungen am Seil“ von Walter Bing[B] – die Besprechung war ein totaler Verriss[301]. Auch Bauer[B] setzte seine Angriffe fort. Er bot Beweise dafür an, dass Bing, obwohl er 2. Vorstand des Reichsverbandes der deutschen Sportpresse war, nicht die deutsche, sondern die französische Staatsangehörigkeit besaß und dass „er sich überdies stets nebenher als Propagandist für Frankreich und gegen Deutschland betätigt hatte.“ Daraufhin schied Bing[B] aus der deutschen Presse aus und wurde in der französischen tätig[302]. Schließlich wurde Dr. Walter Bing[B] im Mai 1933 aus der Sektion Bayerland ausgeschlossen[303], sein Einspruch wurde abgelehnt[304].

Zeitenwende: Der Arierparagraph

Am 30. Januar 1933 übernahm Hitler als Kanzler des Deutschen Reiches die Macht. Nachdem der Hauptausschuss am 14. Mai 1933 die Einfügung des Arierparagraphen in die Sektionssatzungen empfohlen hatte, übernahm ihn auch Bayerland in der Sommerhauptversammlung am 19. Juli 1933[a]. Der Vorsitzende[b] der Sektion wird zu ihrem „Führer“. Dieser verliest in der Hauptversammlung am 13. Dezember 1933 „die vom Deutschen Bergsteiger- und Wanderverband, Gruppe II, Bergsteiger (Fachsäule XI des Reichssportführerrings) ausgearbeitete Mustersatzung und empfiehlt deren Annahme. Dies geschieht einstimmig.“[305]: Der Arierparagraph wird damit rechtskräftig in der Satzung verankert.[c]

Im *Bayerländer* heißt es zum Beschluss:

„Das Jahr der nationalen Erhebung wird auch in der Geschichte unseres Sektionslebens immer einen Markstein bilden. Zwar ist die Zielstellung unserer Sektion, die scharfe bergsteigerische Leistung, die in gleichem Maße engste Gemeinschaft der Berggefährten, die völligen Einsatz der ganzen Persönlich-

seleiter des Fachamtes Bergsteigen und Wandern und Schriftleiter der Mitteilungen des Fachamtes und der alpinen Beilage im „Völkischen Beobachter“.

[a] In der Aussprache, die dem Beschluss voranging, wurde daran erinnert, „daß Bayerland schon seit dem Kriegsende Nichtarier nicht mehr aufgenommen hat.“ Dies trifft insofern nicht zu, als Prof. Dr. G. O. Dyhrenfurth[B] 1919 und ein weiteres jüdisches Mitglied – Otto Margulies[B] – erst 1920 aufgenommen wurden. Alle anderen namentlich bekannten jüdische Mitglieder waren schon vor Beginn des Krieges Angehörige der Sektion geworden. Nach dem Tod Otto Margulies[B] 1925 konnte sein jüdischer Sektionskamerad Walter Bing[B] im Bayerländer sogar einen Nachruf auf Margulies[B] veröffentlichen.

[b] Zum 1. Vorsitzenden wurde 1932 der Jurist Dr. Walter Hartmann[B], Mitglied seit 1925, gewählt.

[c] Die Aufnahme des Arierparagraphen in die Satzung und die Übernahme des „Führerprinzips“ waren die vom Reichsinnenminister Wilhelm Frick (1877-1946) gesetzten Bedingungen für eine Sonderbehandlung des Alpenvereins bei der Gleichschaltung aller Sportvereine.

keit voraussetzt, nach wie vor gleich geblieben. Ja, unser Streben hat durch die, nach glänzendem Sieg sich durchsetzende Weltanschauung unseres Führers Adolf Hitler, die das Heldische im Denken und Handeln der deutschen Menschen wieder in sein Ehrenrecht einsetzte, erst seine letzte und tiefste Anerkennung gefunden. Der alte, aus ursprünglicher Kampfesfreude und unstillbarem Tatendrang geborene Bayerländergeist weiß sich dem Wesen nach eins mit dem Kämpfergeist der nationalsozialistischen Bewegung. So war es denn ganz selbstverständlich, daß auch die Übernahme des Führergrundsatzes und des Rassengedankens … Zustimmung fand.“[306]

Eine kleine Skizze aus jener Zeit: „Wegen der mit Österreich bestehenden Grenzsperre wurde die (Meiler-)Hütte durch zwei Posten der Reichszollbehörde besetzt. Für uns Bergsteiger hatten diese volles Verständnis und so war es möglich, daß viele Turen (trotz der Grenzsperre) ungehindert auch jenseits der Grenze ausgeführt werden durften. … Die politischen Verhältnisse des Nachbarlandes Österreich brachten es mit sich, daß wiederholt aus Tirol Flüchtlinge erschienen, die infolge ihrer nationalsozialistischen Gesinnung ihre Heimat verlassen mußten, um der Gefängnisstrafe zu entgehen. Auf deutschem Boden fanden sie bei unseren Pächtersleuten immer liebevolle Aufnahme und Stärkung für ihren Weiterweg. … Zwei begeisterte Bergsteigerinnen (!) stifteten eine große Hakenkreuzfahne.“[307]